

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-M. I., Marienstraße 18/12. Fernruf 25251. Postfach 1068 Dresden. Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Abonnementpreise: Inland: 12,00 M. Ausland: 15,00 M. (Postgebühren eingeschlossen). Einzelhefte: 0,25 M. (Postgebühren eingeschlossen). Druck- und Verlagsanstalt: Leipzig & Reichardt, Dresden-M. I., Marienstraße 18/12.

Italien folgt den englischen Rüstungen

Neues Rüstungsprogramm Roms bevorstehend

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 17. Februar.

Das riesige Ausmaß der englischen Aufrüstungsbestrebungen, über die das jetzt veröffentlichte Weißbuch Mitteilungen gemacht hat, die in allen Hauptstädten größte Uederrückung ausgelöst haben, wird auch den Hauptpunkt der Beratungen bilden, die der von Mussolini einberufene faschistische Großrat abhalten wird. Der faschistische Großrat, der seine letzte Sitzung anlässlich der Gründung des italienischen Imperiums abhielt, tritt am 1. März zusammen. Der Außenminister Graf Ciano wird eingehende Erklärungen über die Lage abgeben. Man nimmt an, daß Mussolini selbst ein neues italienisches Rüstungsprogramm verkünden wird.

Schon jetzt liegen italienische Pressestimmen vor, die erkennen lassen, daß die gewaltigen See- und Luftrüstungen, die England plant, von Italien nicht ohne weiteres hingenommen werden können; daß vielmehr durch das englische Vorgehen auch Italien genötigt werde, seine Rüstungen zu verstärken, da es einer der ersten Grundzüge Mussolinis sei, daß Italien nicht schwächer sein dürfe als andere Nationen. Man nimmt an, daß das neue italienische Aufrüstungsprogramm sich vor allem auf eine wesentliche Verstärkung der italienischen Flotten- und Luftkräfte beziehen wird. Mussolini hat bereits mit dem obersten Rat der Landesverteidigung, dem die

Romanndeute der einzelnen Waffengattungen angehören, Besprechungen abgehalten.

Wieder Rom-Reise Schuschnigg?

Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten

Wien, 17. Februar.

Dieser Tage berichten, daß Bundeskanzler Schuschnigg sich wieder nach Rom begeben wolle, um mit Mussolini und dessen Außenminister Ciano zu sprechen. Der Staatssekretär des Reiches, Schmidt, werde den Bundeskanzler wahrscheinlich begleiten.

Scheinbellige Beteuerungen Musskys in London

Er hofft, daß Sowjetrußland nicht gezwungen werde, seine Stellungnahme zu berichtigen

London, 17. Februar.

Über die gestrige Sitzung des Gesamtschusses des Internationalen Richtermittlungsausschusses wurde am späten Abend des Dienstag eine längere Vertaubarung veröffentlicht. Danach wird darauf hingewiesen, daß dem Ausschuss die Empfehlungen der Vertreter Englands, Belgiens, der Tschechoslowakei, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Schwedens und der Sowjetunion vorliegen, die bekanntlich die Inkraftsetzung des Freiwilligenverbotes am 20. Februar (Mitternacht) und die Inkraftsetzung des Kontrollplanes für Spanien am 6. März (Mitternacht) vorsehen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Lord Plymouth, erklärte, daß diese Beschlüsse einen Wendepunkt in dem Verfahren des Richtermittlungsausschusses darstellen würden. Es sei sehr wichtig, daß so schnell wie möglich Maßnahmen ergriffen würden, und er hoffe daher, daß alle Vertreter des Ausschusses die Beschlüsse annehmen würden. Darauf gab der deutsche Vertreter, Vothschaler v. Ribbentrop, seine Erklärung ab, die wir bereits veröffentlicht haben.

Der italienische Botschafter Grandi

erklärte anschließend, daß die italienische Regierung die Beschlüsse mit großer Befriedigung begrüße. Die italienische Regierung habe seit dem Abschluß des Richtermittlungsausschusses, und sogar schon vorher, im Verlauf der Vorbesprechungen mit der französischen Regierung, zwei Hauptpunkte klargestellt, nämlich 1. die Notwendigkeit, jede Form der indirekten Einmischung in das Abkommen anzunehmen, und 2. ein System der wirksamen Kontrolle für die Anwendung des Abkommens zu schaffen. Schon in der Sitzung vom 14. September 1936 habe er diese beiden Fragen vor dem Ausschuss aufgeworfen, und auf italienische Initiative, unterstützt durch den deutschen Vertreter, sei das Problem der indirekten Einmischung auf die Tagesordnung der ersten Sitzung des Unterausschusses gesetzt worden. Die darauffolgenden Besprechungen seien aber unzulänglich monatelang hinausgeschoben worden. Den Vertretern Deutschlands, Italiens und Portugals hätten sich große Schwierigkeiten geboten, als sie versucht hätten, den Ausschuss zur Erzielung eines schnellen Entschlusses zu veranlassen. Wäre dieser Entschluß zu Anfang des spanischen Konfliktes erzielt worden, dann wäre ein Problem ausgeschlossen worden, dessen Ernst die anderen Mächte anscheinend erst in erster Stunde eingesehen hätten.

Der französische Vertreter

erklärte ebenfalls seine Befriedigung über die Beschlüsse des Ausschusses. In der Sitzung am Montag hätten alle Vertreter einen sehr verständlichen Wunsch zur Zusammenarbeit gezeigt. Die französische Regierung habe unbedingbare Beweise ihrer guten Absichten und ihrer Ehrlichkeit gegeben. So habe Frankreich den Vorschlag, auf französischem Gebiet eine Organisation zur Kontrolle der lokalen Durchführung des Abkommens zu errichten, angenommen.

Der Sowjetvertreter Malys

„bekehrte“ (1), daß das Freiwilligenverbot erst jetzt, nach zweimonatiger Verzögerung, in Kraft treten könne. Im Namen seiner Regierung begrüße er dieses Abkommen und verzichte, daß die Sowjetregierung ihrerseits bereit sein werde, die Annahme dieser Maßnahmen zu unterstützen. Als Beweis des guten Willens sei er bereit, über die Inkraftsetzung des Abkommens im Kontrollplan zu äußern. Obwohl die gegenwärtige Lage etwas freundlicher sei, müßte man doch bei der Durchführung der Erfolgeabsichten auf Grund zahlreicher

Erfahrungen vorläufig sein. Obwohl die meisten Schwierigkeiten anscheinend überwunden seien, gebe es immer noch einige Punkte, die geklärt werden müßten, bevor der Kontrollplan wirklich in Kraft gesetzt werden könne. Malys wies in diesem Zusammenhang auf den vorläufigen Vorbehalt hinsichtlich des Kontrollplanes hin. Er hoffe, daß Portugal nicht den ganzen Kontrollplan ablehnen werde. Der Erfolg der neuen Beschlüsse hänge von der vollen Zusammenarbeit aller Mächte auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung bei der Gestaltung und Durchführung der Beschlüsse ab. Er hoffe, daß die Sowjetregierung nicht gezwungen werde, ihre Stellungnahme zu berichtigen.

Der portugiesische Vertreter

wies darauf hin, daß die Stellung Portugals besonders schwierig sei. Der Ausschuss müsse sich daran erinnern, daß Portugal durch die politische wirtschaftliche Drohung ganz besonders gefährdet worden sei. Die Gefahren des Unheils und der Verhinderung in Spanien seien auch eine direkte Bedrohung der öffentlichen Ordnung, der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit Portugals gewesen. Die portugiesische Regierung habe den Beschlüssen hinsichtlich des Freiwilligenverbotes bereits zugestimmt, müße aber ihre Stellungnahme hinsichtlich des Überwachungsplanes immer noch vorbehalten.

Ein Reichsinspekteur für die Erzeugungsschlacht ernannt

Landeshauptabteilungsleiter Schneider-Ederdorf, einer der ältesten Kämpfer Darrés

Berlin, 17. Februar.

Um auch die letzten Möglichkeiten einer Ertragssteigerung auf dem deutschen Boden zu nutzen und die aufstrebenden Aufgaben der Erzeugungsschlacht durchzuführen, hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft H. Walther Darré den Landeshauptabteilungsleiter Hermann Schneider-Ederdorf zum Reichsinspekteur für die Erzeugungsschlacht ernannt. Damit ist einer der ältesten Kämpfer des Reichsbauernführers im agrarpolitischen Apparat der NSDAP mit einer der wichtigsten Aufgaben der gesamten Ernährungswirtschaft betraut.

Schneider-Ederdorf, der seit 1930 als Abgeordneter der NSDAP dem Deutschen Reichstag angehört, ist durch seine erfolgreichen praktischen Arbeiten in allen landwirtschaftlichen Kreisen bekannt geworden. Auch literarisch ist er durch eine ganze Reihe von maßgebenden Veröffentlichungen hervorgetreten. Der neue Reichsinspekteur ist dem Reichsbauernführer und Reichsernährungsminister unmittelbar unterstellt und beauftragt, nach seinen unmittelbaren Weisungen zu handeln. Es wird die Aufgabe des Reichsinspekteurs sein, die Durchführung der Erzeugungsschlacht zu überwachen. Dabei soll allerdings kein neuer Apparat aufgebaut werden, denn die durchführenden Stellen der Erzeugungsschlacht werden in ihrer Arbeit durch die Neuernennung direkt nicht berührt. Der neue Reichsinspekteur wird sich vielmehr jeweils an Ort und Stelle, also bei den Ortsbauernschaften, unterstützen, wo sich Hindernisse der Durchführung der Maßnahmen der Erzeugungsschlacht entgegenstellen.

Freiheiten aus Perpignan

Paris, 17. Februar.

Das „Journal“ bringt einen Bericht aus Perpignan, dem, wie das Blatt sagt, „Dreipunkt der Freiwilligen sendungen nach Spanien“. Der Berichterstatter des Blattes hat sich mit jenen Kreisen in Verbindung gesetzt, die sich unter dem Namen „Antifaschistischer Ausschuss“ im alten Militärhospital von Perpignan niedergelassen haben und von dort aus Menschen, Kriegsmaterial und Lebensmittel beschaffen für die Bolschewiken in Spanien treiben. Die Erklärungen der einzelnen „Ausfühler“ gingen auseinander. Eine in einem Punkte stimmten sie alle überein, nämlich darin, daß immer noch kein Grund bestehe, den sogenannten „Antifaschistischen Ausschuss“ aufzulösen. Die Kommunisten J. R. erklärten, sie würden den Kampf solange fortsetzen, wie die „antifaschistische Einmischung in Spanien“ andauere. Sollten die Freiwilligenkontingente tatsächlich alle gleichzeitig eingestellt werden, dann bleibe dem „Ausschuss“ in Perpignan noch reichlich Arbeit übrig. (1) Man werde alle Bebel in Barcelona sehen, um den bolschewistischen Machthabern in Spanien alle nur erdenkliche Hilfe zuteil werden zu lassen. Die Kommunisten dächten dabei insbesondere an Geldsammlungen, Lebensmittellieferungen, Arzneiforderungen usw.

„Biel zu viel Juden in Polen“

Warschau, 17. Februar.

Zwischen der „Gazeta Polska“ und dem sozialdemokratischen „Robotnik“ wird eine Auseinandersetzung über die Judenfrage in Polen geführt. Letzthin hat der Chefredakteur der „Gazeta Polska“, der Bismarckianer des Sejms Oberst Riedzinski, dem „Robotnik“ klar und eindeutig gesagt, daß in Polen zuviel, sogar viel zuviel Juden leben. Weiter wird dem Kritikerschreiber im „Robotnik“ die Frage gestellt, ob ihm der kulturelle Stand der polnischen Völkchen, die von einer jüdischen Mehrheit bewohnt werden, gefalle? Wenn ja, so wäre das eine Frage der Ueberzeugung und nicht des Geschmacks, denn „de gustibus non est disputandum“, wie Marx kürzlich gerade damals gesagt haben soll, als man ihm mitgeteilt habe, daß die Juden das auserwählte Volk wären.“ Zum Schluß wird in dem Artikel der „Gazeta Polska“ noch einmal festgestellt, daß es zuviel Juden in Polen gebe und dies ein „pathologisches Gewächs auf der Struktur des polnischen Lebens“ bilden.

Ein Jude Einwanderungskommissar in USA

Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten

New York, 17. Februar.

Ein Teil der amerikanischen Presse protestiert gegen die Ernennung des Juden Solomon zum Einwanderungskommissar der Vereinigten Staaten von Amerika. So wird in der New Yorker Presse die Ansicht vertreten, daß die Berufung eines Juden auf diesen Posten der illegalen Einwanderung nach USA Vorschub leiste und daß dadurch kriminell und politisch belastete Elemente nach USA Eingang finden würden. Wie es heißt, soll Präsident Roosevelt noch keine endgültige Entscheidung über die Befegung dieses Postens getroffen haben.

In 5 Jahren eine Million Arbeiterwohnungen

Stuttgart, 17. Februar.

In Stuttgart fand eine Tagung der Arbeitergemeinschaft zur Förderung des Arbeiterwohnbauwesens statt. Die Tagung hat im besonderen erwiesen, daß es durch gemeinsame Planung aller am Arbeiterwohnbau interessierten behördlichen Stellen, der industriellen Organisationen und insbesondere des Bauhandwerks möglich sein wird, Wohnungen zu erstellen, die für das durchschnittliche Einkommen des deutschen Arbeiters finanziell tragbar sind. Sie müssen so gesund, zweckmäßig und schön sein, daß sie dem deutschen Arbeiter eine Lebenshaltung ermöglichen, auf Grund deren er sich als vollwertiges, selbstbestimmtes Mitglied der Volksgemeinschaft entwickeln und fühlen kann.

Der Wunsch des Führers, daß man ihm das nächste Monument setzen würde in einer Million gebundenen Arbeiterheimstätten, war der Mittelpunkt dieser Tagung. Alle am Arbeiterwohnbau beteiligten Stellen haben sich in Zusammenarbeit mit der deutschen Industrie und dem Bauhandwerk zum Ziel gesetzt, in einem Zeitraum von fünf Jahren eine Million vorläufiger bescheidener Wohnstätten zu schaffen.

Bosse edler Märkischen des erfolg. Genina, sters und Mutter- und dem herrrens rt sein!

esse - akkord" d l

UFA

Sendler Geyff Rahm Helm

as Volkes Theater Ring 28

Theater ins von Thule v. O. Waller

gen 11 Uhr